MIT IN DEN MEDIEN PRESSESPIEGEL 27. FEBRUAR 2023

INHALTSVERZEICHNIS

Print-Artikel	Seite 2
Social-Media-Auswertung	Seite 8

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

<u>Hinweis:</u> Der Pressespiegel erscheint seit dem 24. Januar 2022 ergänzt um eine Social-Media-Auswertung. Auf einige bisherige Funktionen wie Markierungen und Verlinkungen wird aus Ressourcengründen und zur Beschleunigung des Versands fortan verzichtet. Tipp: Nutzen Sie die die Suchfunktion (Microsoft: STRG+F; Mac: Befehlstaste+F; mobil meist über Adressleiste) und geben Sie mittelstand ein, um schnell zu den wichtigsten Erwähnungen zu gelangen.

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an berndt@mit-bund.de, Tel: 030/220798-17



Emder Zeitung

Autor: Ute Lipperheide Mediengattung: Tageszeitung

Seite: 3 **Auflage:** 7.764 (gedruckt) ¹ 7.391 (verkauft) ¹

7.717 (verbreitet) 1

Ressort: EZ_LokSa **Reichweite:** 0,021 (in Mio.) ²

1 IVW 4/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

"Streik muss das letzte Mittel sein, nicht das erste"

Streit mit Gewerkschaftern Interview mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann

Ute Lipperheide

Gewerkschafter haben der CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), Gitta Connemann aus Leer, vorgeworfen, am "rechten Rand" zu fischen, weil sie die jüngsten Warnstreiks der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi scharf kritisierte und Veränderungen im Streikrecht forderte. Die Politikerin nimmt gegenüber dieser Redaktion in einem Interview Stellung zu den Vorwürfen.

Frage Frau Connemann: Gewerkschafter werfen Ihnen vor, dass Sie sich mit Ihrer Aussage, einen Streik dürfe es "nicht um jeden Preis" geben, populistisch gegen Gewerkschaftsarbeit aussprechen und versuchen, das Streikrecht zu untergraben. War das Ihre Absicht in Ihren Erklärungen als Vorsitzende der CDU-Mittelstandsunion?

Gitta Connemann Wer dies behauptet, will mich falsch verstehen. Und das bewusst. Denn unsere Position ist für jeden sichtbar auf unserer Seite eingestellt. Und es wurde breit darüber berichtet. Die MIT fordert kein Verbot des Streikrechts. Wir sagen nur: Bei Energieversorgung, Rettungsdiensten, Bahn oder eben Flughäfen sollte Streik das letzte Mittel sein. Dort geht es nämlich um die Daseinsvorsorge vieler Unbeteiligter.

Frage Wie lauten dann Ihre Forderungen?

Connemann Unsere Forderungen für diese kritische Infrastruktur sind: 1. Vor einem Streik muss ein verbindliches Schlichtungsverfahren abgeschlossen sein. 2. Arbeitsniederlegungen müssen vier Tage vorher angekündigt werden. 3. An Bahnhöfen, Flughäfen und Co. muss eine Grundversorgung aufrechterhalten sein. Kurzum – streiken darf man dann also trotzdem. Auch an Bahnhöfen,

Flughäfen und Co. Aber es muss das letzte Mittel sein, nicht das erste. Ein solcher Streik trifft nämlich nicht nur die öffentlichen Arbeitgeber, sondern vor allem Privatleute und Betriebe, die auf diese kritische Infrastruktur angewiesen sind. Auch im Streikrecht müssen wir Maß und Mitte im Blick behalten.

Frage Gewerkschafter zeigen sich erbost über Ihre Stellungnahme und mutmaßen, Sie wollten am "rechten Rand" fischen. Ist dieser Vorwurf gerechtfertigt?

Connemann Puh. Das geht wirklich unter die Gürtellinie. Zur Erinnerung: Hier geht es um Warnstreiks, zu denen Verdi schon nach der ersten Verhandlungsrunde greift, und um die Frage eines fairen Interessenausgleichs zwischen Gewerkschaften und der vom Streik betroffenen Allgemeinheit. Was hat das mit "rechts" zu tun? Namhafte Arbeitsrechtler, Arbeitgeberverbände und Ökonomen fordern ebenso wie die MIT einen besseren Schutz für Bereiche der Daseinsvorsorge. Seriöse Medien kommentieren: Bei Pflege, Schule und Co. sollte Streik das letzte Mittel sein. Gelten wir jetzt alle als rechtsextrem? Nur weil wir eine andere Meinung vertreten als Gewerkschaftssekretäre? Demokratie lebt vom Diskurs. Von unterschiedlichen Meinungen. Wer einen solchen verbalen Vorschlaghammer einsetzt, erstickt jede Diskussion im Keim. Ich empfehle dringend, zur sachlichen Auseinandersetzung zurückzu-

Frage Wie stehen Sie generell zur Tarifautonomie? Haben die Gewerkschaften zu viel Macht oder warum haben Sie sich für ein Quorum ausgesprochen, dass auch Nichtgewerkschafter einem Streik zustimmen müssen?

Connemann Tarifautonomie und

Streikrecht sind eine der Grundlagen unserer Demokratie. Deshalb sind sie auch im Grundgesetz verankert. Keiner darf an diesen Grundrechten rütteln. Das tun wir aber auch nicht. Hier geht es einzig und allein um die rechtliche Umsetzung. Uns geht es darum, dass im sensiblen Bereich der kritischen Infrastruktur nicht eine Minderheit von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten ganze Bereiche lahmlegen kann, die viele Hunderttausend oder Millionen Menschen betrifft. Wenn allerdings eine Mehrheit der Beschäftigten in diesen Bereichen einen Streik will und ein Schlichtungsverfahren vorgeschaltet wird, soll dort natürlich auch gestreikt werden dürfen.

Frage Halten Sie das Grundgesetz in Sachen Gewerkschaftsrechte für überarbeitungswürdig?

Connemann Nein. Es geht nur um eine Verfahrensänderung im Bereich der kritischen Infrastruktur. Dafür braucht man keine Grundgesetzänderung.

Frage Vor allem Ihre Aussage "da geht es um Leben und Tod" während des Flughafenstreiks, die durchaus auch so interpretiert werden kann, dass der Streik Menschen in Lebensgefahr gebracht habe, erregt den Unmut viele Gewerkschafter. Warum diese Formulierung?

Connemann Es empfiehlt sich immer, Zitate im Zusammenhang zu lesen. Ich habe darauf hingewiesen, dass vom Streik am Münchner Flughafen auch die Münchner Sicherheitskonferenz betroffen war. Die Anreise von vielen Delegierten aus der ganzen Welt wurde erschwert. Meine Aussage zur Münchner Sicherheitskonferenz lautete: "Dort geht es um Leben und Tod für die Menschen in der Ukraine." Was ist daran falsch?

Wörter: 642

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG



Mediengattung: Online News Visits (VpD): 0,858 (in Mio.) ¹

Weblink: https://www.waz.de/staedte/oberhausen/oberhausener-cdu-chef-die-streiks-treffen-die-falschen-id237689621.html

1 von PMG gewichtet 12-2022

Oberhausener CDU-Chef: Verdi nimmt das Land in Geiselhaft

Bahn, Kitas – die Streiks haben Oberhausen getroffen. Wilhelm Hausmann fordert: Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land "in Geiselhaft" nehmen.

Viele Beschäftigte streiken derzeit: die der Post, der Bahn, der Kitas und anderer städtischer Einrichtungen und das Personal an Flughäfen. Zu streiken sei ein durch die Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer, betont Wilhelm Hausmann, Oberhausener CDU-Chef und Vorsitzender der Mittelstandsund Wirtschaftsunion Ruhr (MIT). Wichtig ist ihm aber auch: "Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselhaft nehmen."

Gerade dort, wo kritische Infrastruktur betroffen sei – wie etwa bei der Bahnoder an den Flughäfen– sollten Streiks mindestens vier Tage vorher angekündigt werden, findet Hausmann. Ihnen sollte außerdem ein abgeschlossenes Schlichtungsverfahren vorausgehen. "Sonst trifft der Streik nämlich nicht nur die Arbeitgeber, sondern sehr viele Menschen und Betriebe, die im Zweifel sogar unverschuldet in existenzielle Not geraten."

>>>Auch interessant: Verdi-Kundgebung: Weiterer Warnstreik noch in diesem Februar

Dass die Gewerkschaft Verdi Gehaltserhöhungen von mehr als zehn Prozent fordert, löse bei ihm "Unwohlsein" aus, schreibt Hausmann in einer Mitteilung, das er mit vielen Menschen in Oberhausen teile. Dass ein Teil der Kita-Beschäftigten am Mittwoch etwa ihre Arbeit niedergelegt hätten, stoße nicht überall auf Verständnis. "Verdi muss endlich zur Kenntnis nehmen, wer ihre Gegner im Arbeitskampf sind", fordert der CDU-Politiker. "Das sind nämlich die Kommunalen Arbeitgeber und nicht die jungen, zum Teil verzweifelten Oberhausener Familien, die nicht wissen, wie sie die Betreuung ihrer Kinder kurzfristig selbst organisieren sollen."

Abbildung:

Wilhelm Hausmann, Oberhausener CDU-Chef und Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion

Ruhr, betont: Zu streiken ist ein durch die Verfassung geschütztes Recht der Arbeitnehmer. Aber

irgendwann höre das Verständnis auf.

Fotograf: Lars Fröhlich

Abbildung: Am Dienstag fuhren in Oberhausen keine Busse und Bahnen. Am Mittwoch streikte dann der öffentliche

Dienst.

Fotograf: Ant Palmer Wörter: 287

Ort: Oberhausen

 $\mbox{\ensuremath{\complement}}$ 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG



Mediengattung: Online News Visits (VpD): 0,256 (in Mio.) 1

Nummer: 6189517255

Weblink: https://www.noz.de/deutschland-welt/panorama/artikel/verdi-warnstreiks-legen-flughaefen-koelnbonn-und-duesseldorf-lahm-

44234224

1 von PMG gewichtet 12-2022

Verdi-Warnstreiks legen Flughäfen in Köln/Bonn und Düsseldorf lahm

Verdi ruft erneut zu großen Warnstreiks auf. Am Montag erfasst Nordrhein-Westfalen die Streik-Welle. Betroffen: Die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf. Zahlreiche Flüge werden gestrichen. Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens soll gestreikt werden.

Warnstreiks bringen am Montag den Luftverkehr in Köln/Bonn und Düsseldorf in weiten Teilen zum Erliegen. Der Flughafen Düsseldorf rechnet (Stand Sonntag) mit fast 200 gestrichenen Starts und Landungen. Weitere Flüge werden auf andere Flughäfen umgeleitet oder auf den Folgetag verschoben. In Köln geht man davon aus, dass von 136 geplanten Passagierflügen zwischen Montagmorgen um 6 Uhr und Dienstagmorgen um 6 Uhr 131 ausfallen werden. Passagiere wurden gebeten, sich vor ihrer Anreise bei ihrer Fluggesellschaft oder dem Reiseveranstalter über den aktuellen Stand ihres Fluges zu informieren. Auch in Düsseldorf soll der Warnstreik in der Nacht zum Dienstag enden.

Verdi: Bisher kein akzeptables Angebot unterbreitet

Aufgerufen dazu haben die Gewerkschaften Verdi und Komba. Hintergrund sind die Verhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen sowie die bundesweiten Verhandlungen für die Beschäftigten der Luftsicherheit.

"Die Beschäftigten machen mit den Streiks gemeinsam Druck auf die jeweiligen Arbeitgeber, weil in den bisherigen Verhandlungen im öffentlichen Dienst kein akzeptables Angebot unterbreitet wurde", erklärte Andrea Becker, Landesfachbereichsleiterin von Verdi NRW.

Warnstreik legt Flughäfen lahm

Verdis Streik ist eine überzogene Machtprobe auf Kosten der Passagiere Meinung – Corinna Clara Röttker

Dieser Arbeitskampf von Verdi und des Beamtenbundes ist kein kleiner Warnstreik, er kommt direkt mit ordentlich Karacho daher. An den größten Flughäfen des Landes traten die Beschäftigten in den Ausstand. Knapp 300.000 Passagiere sind betroffen. Das ist heftig. Nicht auszumalen, sollten wie angedroht bald auch noch Müllwerker ihre unverzichtbare Arbeit niederlegen, ebenso wie Erzieher in Kitas oder das Personal in Krankenhäusern. Und das alles, um eine zweistellige Lohnforderung durchzusetzen.

Natürlich gehören die Beschäftigten an den Flughäfen, die nicht selten in knochenharter Schichtarbeit tätig sind, anständig entlohnt. Auch Müllwerker, Erzieherinnen und die anderen Beschäftigten haben mehr Geld verdient. Viele von ihnen haben berechtigte finanzielle Sorgen: Die Reallöhne schrumpften 2022 um 4,1 Prozent, die reale Kaufkraft der Arbeitnehmer ist inzwischen so niedrig wie im Jahr 2014. Das gibt Verdi in seinen Forderungen ordentlich Rückenwind.

Der Streik ist in dieser Dimension nicht gerechtfertigt

Doch rechtfertigt all das einen Streik dieser Dimension und das noch ehe ernsthaft verhandelt wurde? Nein. Streiks sind völlig legitim, doch es kommt eben immer auch auf die Dosierung an. Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsgesellschaft MIT, bringt es auf den Punkt: "Eine Gewerkschaft darf nicht ein ganzes Land für ihre Interessen in Geiselhaft nehmen."

Zumal Beispiele aus der Vergangenheit ja zeigen, dass es auch anders geht: In der Chemie- und Pharmaindustrie haben Gewerkschafter und Arbeitgeber im Herbst beinahe geräuschlos einen Abschluss ausverhandelt, der den Beschäftigten deutlich mehr Geld brachte. Der aktuelle Streik hingegen erscheint wie eine Machtprobe der Gewerkschaft auf Kosten der Passa-

giere, mit dem Verdi vor allem Werbung für sich selbst machen will. Zum Kommentar

Arbeitsniederlegung in Köln ab Sonntagabend – Frachtbereich betroffen In Köln sollte bereits am späten Sonntagabend die Arbeit niedergelegt werden. Aufgerufen seien zunächst die Beschäftigten der Luftsicherheit, sagte Verdi-Sekretär Özay Tarim – also Mitarbeiter in der Personal- und Warenkontrolle sowie der Frachtkontrolle. "Auf die ganze Abwicklung im Frachtbereich wird das große Auswirkungen haben." Der Kölner Flughafen ist ein wichtiger Umschlagplatz für Pakete aus der ganzen Welt.

Der Düsseldorfer Flughafen will in jedem Fall einen Notbetrieb aufrechterhalten. Mit den Gewerkschaften seien dazu Notdienstvereinbarungen getroffen worden. Es gehe nicht zuletzt um Ambulanz- und Hilfsgüterflüge.

Lesen Sie auch: Flughafen-Streik: Warum betroffene Passagiere kaum Chance auf Entschädigung haben Weitere Streiks im öffentlichen Nahverkehr, in Kitas und Ämtern geplant In Köln hatte es in den vergangenen

Tagen auch juristische Auseinandersetzungen zwischen dem Flughafen und Verdi um die Besetzung der wichtigen Flughafenfeuerwehr gegeben. Am Ende einigten sich beide Seiten darauf, dass sie während des Warnstreiks 24 Mitarbeiter im Notdienst umfassen muss. Neben den beiden wichtigsten Flughä-

Neben den beiden wichtigsten Flughäfen in NRW soll es im bevölkerungsreichsten Bundesland am Montag auch Warnstreiks in vielen weiteren Bereichen des öffentlichen Lebens geben, etwa bei Bussen und Stadtbahnen, in Kindertagesstätten und Ämtern. Auch mehrere Kundgebungen sind geplant.

Verdi bestreikt erneut deutsche Flughäfen. Diesmal sind Köln/Bonn und Düsseldorf betroffen. Archivfoto: dpa/Julian Stratenschulte Abbildung:

Wörter: 684

 $\ensuremath{\text{@}}$ 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Passauer Neue Presse Stadt- und Landkreis Passau vom 25.02.2023

Passauer Neue Presse

Autor: Mareike Kürschner Mediengattung: Tageszeitung

 Seite:
 05 bis 05
 Jahrgang:
 78

 Ressort:
 Politik
 Nummer:
 47

Rubrik: Passauer Neue Presse - Ausgabe A Auflage: 22.541 (gedruckt) 1 23.013 (verkauft) 1

23.391 (verbreitet) 1

Ausgabe: Reichweite: 0,071 (in Mio.) ²

Weblink: 1 IVW 4/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

Wirtschaftsunion: Rüstungsindustrie stärken

CDU/CSU-Wirtschaftspolitiker schlagen geänderte Regeln für Rüstungsprojektvergabe in Krisenzeiten vor

Berlin Kaum eine deutsche Branche ist seit dem Ukraine-Krieg mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt als die Rüstungsindustrie. Doch dem Wirtschaftsflügel der Union zufolge gibt es noch zu viele Hürden für die Branche, die vor allem aus mittelständischen Unternehmen besteht. Sie fordert Änderungen.

https://www.pnp.de

"Für Krisenzeiten muss grundsätzlich eine Möglichkeit geschaffen werden, vergaberechtliche Vorschriften auszusetzen beziehungsweise Prozesse wesentlich zu beschleunigen", heißt es in einem Präsidiumsbeschluss der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), der in dieser Woche verabschiedet wurde und der Mediengruppe Bayern vorliegt. Kommt es wie jetzt zu einem Krieg in Europa, soll die Rüstungsindustrie schneller hochgefahren werden können. Lange Ausschreibungsverfahren müssen vermieden werden, schlagen die Vertreter des Wirtschaftsflügels vor.

Besonders kritisch sieht die Mittelstands- und Wirtschaftsunion die geplante Verschärfung des Rüstungsexportkontrollgesetz der Ampel. Dieses "muss sofort gestoppt werden", schreibt die MIT in ihrem Beschluss. "Eine europäische Harmonisierung ist anzustreben, deutsche Sonderwege sind zu vermeiden." Bislang wurden nur Eckpunkte des Gesetzes vom Wirtschaftsministerium vorgelegt. Geplant ist vor allem, dass bei künftigen Entscheidungen über Rüstungsexporte die Einhaltung der Menschenrechte und die europäische Rüstungszusammenarbeit ein höheres Gewicht haben.

Die MIT kritisiert, dass "für den Export der Produkte schon heute hohe Hürden zu nehmen sind". Damit würde die Branche weiter von Finanzierungen abgeschnitten. Deutschland dürfe durch das Gesetz "nicht zum Hemmschuh der europäischen Verteidigung" werden, sagte die MIT-Vorsitzende Gitta Connemann (CDU). "Die Verteidigungsindustrie ist in Deutschland Mittelstand pur. Dieser darf nicht weiter ausgehungert werden. Sonst gibt es bald nur noch ausländische staatsnahe Konzerne, die dann

Regeln und Bedingungen bestimmen." Die Wirtschaftspolitiker der Union forderten die Bundesregierung auf, "sich unmissverständlich zur Notwendigkeit der Förderung der deutschen Verteidigungsindustrie zu bekennen". Für einen wehrhaften Staat sei "eine leistungsfähige und innovative Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit starken mittelständischen Unternehmen" notwendig.

Die Wirtschaftsunion dringt in dem Beschluss außerdem endlich auf die Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der Nato. Das müsse aus dem Kernhaushalt heraus möglich sein. Connemann warnte: "Das 100-Milliarden-Sondervermögen darf nicht zum Alibi werden, um die Zwei-Prozent-Höhe des Verteidigungshaushalts zu vermeiden." Wie zuletzt aus Regierungskreisen bekannt wurde, braucht das Verteidigungsministerium rund 15 Milliarden Euro mehr für den Wehretat allein im Jahr 2024, wenn es das Zwei-Prozent-Ziel erreichen will.

Wörter: 349

Urheberinformation: (c) 2023 Passauer Neue Presse GmbH

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Erfolgreichster Tweet

MIT Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) 📀 @MIT_bund · 22. Feb.



SPD-Chefin Saskia #Esken fordert #Steuererhöhungen. Komisch. Laut OECD sind wir schon jetzt Hochsteuerland. Kein Wunder, dass CDU/CSU in den Umfragen so weit vorne liegen. Opposition war selten so einfach. #Wirtschaftskompetenz gibt es eben nur mit der Union.

m	* ¬	0	
743	L↓ 115	122	
		,	

Impressions ①

41.037

Interaktionen ①

1.430

Detailerweiterunge ①

n

249

Neue Follower (1)

3

Profilbesuche ①

99

Erfolgreichster LinkedIn-Post

← Beitragsanalysen

Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) hat dies veröffentlicht • 5...



SPD-Chefin Saskia Esken fordert Steuererhöhungen. Komisch. Laut OECD sind wir schon jetzt Hochsteuerland. Kein Wunder, dass...

Zielgruppe: Alle Follower:innen

Organisches Auffinden

28.467

Impressions

19.060

Individuelle Impressions

Organisches Engagement

1.743 6.1 %

Engagements Engagement-Rate

Klicks	1.313
Click-Through-Rate	4.6 %
Reaktionen	356 →
Kommentare	66 →
Direkt geteilte Beiträge	8 →



Erfolgreichster Facebook-Beitrag



SPD-Chefin Saskia Esken fordert Steuererhöhungen. Komisch. Laut OECD sind wir schon jetzt Hochsteuerland. Kein Wunder, dass CDU/CSU in den Umfragen so weit vorne liegen. Opposition war selten so einfach. Wirtschaftskompetenz gibt es eben nur mit der Union.

#wirtschaft #mittelstand #mittelstandsundwirtschaftsunion #steuern #abgaben #bürokratie #esken #kühnert #lindner #cducsu #cdu #csu





Instagram-Insights



